



An die  
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 02. April 2019

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion  
am 02. April 2019**

**Inhalt**

<b>1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE.....</b>	<b>2</b>
<b>2. ZUR LAGE.....</b>	<b>4</b>
Mehr Unterstützung für Auszubildende und Studierende .....	4
Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.....	4
Kommunen bei den Integrationskosten weiter unterstützen .....	5
<b>3. ZUR WOCHE.....</b>	<b>6</b>
TOP 3: Mehr Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt sichern.....	6
TOP 5: 70 Jahre NATO – Das Rückgrat der Euroatlantischen Sicherheit stärken	7
TOP 8: Datenaustausch bei der Registrierung von Asylsuchenden verbessern...7	
TOP 10: Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Republik Armenien stärken .....	8
TOP 11: Ausbau der Stromnetze für die Energiewende voranbringen.....	8
TOP 15: Mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung .....	9
TOP 17: 17 Prozent mehr Vergütung für berufliche Betreuerinnen und Betreuer	10
TOP 19: Durchführung des Zensus im Jahr 2021 .....	10
TOP 20: Potenziale aus der Agrarökologie anerkennen und unterstützen .....	10
TOP 22: Für eine Trendumkehr beim BAföG: Bessere Unterstützung für mehr Auszubildende und Studierende .....	11
TOP 24: Ein neues Bundesprogramm „Jugend erinnert“ für eine europäische Erinnerungskultur .....	12

## 1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

### **BAföG**

Wir wollen, dass jeder junge Mensch in Deutschland die Chance hat, sein Leben erfolgreich zu gestalten. Deshalb haben wir deutliche Verbesserungen beim BAföG durchgesetzt – und zwar für Studierende und Auszubildende. Wir erhöhen den Wohnzuschlag, die Bedarfssätze, den Förderungshöchstsatz, die Einkommenfreibeträge und den BAföG-Zuschlag zur Kranken- und Pflegeversicherung. Das ist Politik für ein #solidarisches Land. Denn Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

### **Für Ordnung und Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt**

Illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug schädigen die Gemeinschaft. Deshalb ist es wichtig, dass der Staat entschlossen dagegen vorgeht. Wir stärken den Zoll personell und in seinen Befugnissen, damit er wirksamer gegen illegale Beschäftigung und Ausbeutung durchgreift.

Für klare und gerechte Regeln am Arbeitsmarkt! Das ist Politik für ein #solidarisches-Land.

### **Grundrente**

Wer 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient eine Rente oberhalb der Grundsicherung – ohne Wenn und Aber. Dafür streiten Gewerkschaften und SPD Seit' an Seit'. Der DGB hat eine Unterschriftenaktion für eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung gestartet. Diese unterstützen wir als SPD.

Auch über 750.000 Ostdeutsche würden von der Grundrente profitieren. Viele haben in den Jahren des Umbruchs für sehr niedrige Löhne hart gearbeitet. Eine echte Grundrente ist daher eine Frage von Respekt und Anerkennung für diese Aufbaugeneration.

Die CDU will dagegen lieber den Soli auch für die oberen 10 Prozent abschaffen. Dazu sagen wir Nein! Wir wollen das Geld für die einsetzen, die wenig bekommen und mehr verdient haben. Das ist Politik für ein #solidarisches Land.

## **Brexit**

Wir wollen ein starkes Europa. Wer Populisten das Feld überlässt, erntet Chaos. Das ist ihr einziges Interesse. Wenn es ein weiteres Beispiel gebraucht hätte, warum der Nationalismus in die Sackgasse führt, dann das Brexit-Chaos. Deswegen ist unsere Botschaft an die britischen Bürgerinnen und Bürger: Unsere Tür bleibt offen. Für uns gehört Großbritannien zur Europäischen Union.

## 2. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit der Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) steht in dieser Woche ein sozialdemokratisches Herzensanliegen auf Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Wir Sozialdemokraten waren es, die mit dem BAföG in den 1970er Jahren ein zentrales Instrument für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem eingeführt haben und damit vielen jungen Menschen ein Studium überhaupt erst ermöglicht haben. Und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind es, die immer wieder dafür sorgen, dass dieses Instrument auf der Höhe der Zeit bleibt und seinen Zweck auch weiterhin erfüllt.

### **Mehr Unterstützung für Auszubildende und Studierende**

Wir haben deswegen im Koalitionsvertrag dafür gesorgt, dass eine Milliarde Euro für eine umfassende BAföG-Reform zur Verfügung stehen und wir legen jetzt sogar noch etwas drauf. Das war auch wichtig, denn die Förderzahlen beim BAföG sind rückläufig und wir erreichen längst nicht mehr alle, die diese Unterstützung brauchen, um die Ausbildung und das Studium ihrer Wahl auch aufnehmen zu können. Wir wollen jetzt die Trendwende beim BAföG schaffen. Wir erhöhen den Wohnzuschlag, die Bedarfssätze, den Förderungshöchstsatz, die Einkommensfreibeträge und den BAföG-Zuschlag zur Kranken- und Pflegeversicherung.

Und die Reform des BAföG ist für uns erst der erste Schritt. Als nächstes kommt die Mindestausbildungsvergütung! Denn alle Auszubildenden brauchen eine sichere finanzielle Grundlage und ihre Leistung verdient Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Dafür werden wir sorgen.

### **Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt**

Illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug schaden uns allen. Es braucht klare und gerechte Regeln auf dem Arbeitsmarkt, die auch durchgesetzt werden. Um dies zu gewährleisten hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz den Gesetzentwurf zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch auf den Weg gebracht, den wir in dieser Woche im Bundestag beraten.

Der Staat muss entschlossen gegen illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug vorgehen. Deswegen stärken wir den Zoll und hier die Finanzkon-

trolle Schwarzarbeit personell und in ihren Befugnissen, damit sie wirksamer durchgreifen können. Damit schützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser vor Bezahlung unter Mindestlohn, Nichtabführung von Sozialbeiträgen und Ausbeutung und gewährleisten gleichzeitig einen fairen Wettbewerb für Unternehmen.

Nicht zuletzt kommen wir damit den Forderungen vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nach, die auf diese Problematik immer wieder aufmerksam gemacht und um Unterstützung gebeten haben.

### **Kommunen bei den Integrationskosten weiter unterstützen**

Bei den Kommunen hat in den letzten Wochen aber vor allem die öffentliche Diskussion um die Unterstützung des Bundes bei den Integrationskosten für Irritationen gesorgt. Auch hier hat Olaf Scholz in dieser Woche ein wichtiges Signal gesetzt: Es sind vor allem die Kommunen, die die größten Leistungen bei der Integration von Geflüchteten erbringen und hier besondere Verantwortung tragen. Sie brauchen Planungssicherheit. Olaf Scholz hat deswegen klargestellt, dass sich der Bund im Rahmen eines noch auszuhandelnden Gesamtpaketes auch weiterhin an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft für Geflüchtete beteiligen will. Wir wollen die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe weiter unterstützen. Jede Regelung, die getroffen wird, muss die besondere Rolle der Kommunen berücksichtigen.

Eure

Gez. Andrea Nahles

### 3. ZUR WOCHE

#### **TOP 3: Mehr Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt sichern**

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch von Bundesfinanzminister Olaf Scholz setzen wir unsere Anstrengungen für mehr Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt fort. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen besser vor Bezahlung unter Mindestlohn, Nichtabführung von Sozialbeiträgen und Ausbeutung geschützt werden. Gleichzeitig wollen wir einen fairen Wettbewerb für ehrliche Unternehmen gewährleisten.

Illegale Beschäftigung und Sozialleistungsbetrug schaden uns allen. Durch hinterzogene Steuern und Sozialabgaben können wichtige öffentliche Aufgaben nicht finanziert werden. Den vielen ehrlichen Unternehmen, die sich unfairer Konkurrenz ausgesetzt sehen, schaden sie genauso wie den betroffenen Beschäftigten selbst, weil Regelungen zu Mindestlohn und Arbeitsschutz und die soziale Sicherung für sie keine Anwendung finden. Der Zoll hat alleine in den letzten beiden Jahren Schäden in Höhe von 1,8 Mrd. Euro aufgedeckt, die u. a. durch illegale Beschäftigung und Sozialleistungsbetrug entstanden sind. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf der diese Woche in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten wird, soll die zuständige Sondereinheit beim Zoll gestärkt werden. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) erhält dadurch zusätzliche Befugnisse und deutlich mehr Personal.

Das Gesetz stärkt auch die Einsatzmöglichkeiten des Zolls für faire Arbeitsbedingungen: Menschen aus dem EU-Ausland werden oft gezielt nach Deutschland gelockt und hier Opfer von Zwangsarbeit und Ausbeutung. Häufig werden sie zudem in Schrottimmobilien unwürdig und zu überhöhten Preisen untergebracht. Dagegen wird der Zoll zukünftig noch wirkungsvoller vorgehen und ermitteln können. Auch gegen „Tagelöhner-Börsen“ bzw. den sogenannten „Arbeiterstrich“, wo Arbeiter für meist einfache, körperlich anstrengende Arbeiten kurzfristig und ohne Einhaltung gesetzlicher Vorgaben angeworben und beschäftigt werden, wird der Zoll effektiver vorgehen können. Im Hinblick auf Scheinarbeitsverträge, die dazu genutzt werden, Kindergeld oder andere Sozialleistungen zu missbrauchen, wird es durch das Gesetz bessere Durchgriffs- und Ahndungsmöglichkeiten geben. Ebenso bei Fällen organisierter Kriminalität im Baugewerbe, wie z. B. in Fällen von Kettenbetrug, wenn Scheinrechnungen ausgestellt werden, um Schwarzgeld für kriminelle Zwecke zu generieren.

## **TOP 5: 70 Jahre NATO – Das Rückgrat der Euroatlantischen Sicherheit stärken**

Aus Anlass des 70-jährigen Bestehens der NATO beraten wir in dieser Woche einen Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD. Die NATO hat seit ihrem Bestehen die Sicherheit der Verbündeten und den Frieden im Bündnisgebiet gewährt. Deutschland bleibt fest verankert in internationalen, multilateralen Strukturen und setzt sich für die Stärkung einer auf Regeln und Zusammenarbeit basierenden Weltordnung ein. Für uns bilden dafür die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die NATO den Rahmen. Der Antrag fordert, dass militärische Maßnahmen eng mit der Außen- und Entwicklungspolitik verzahnt werden und dass sich die NATO auch weiterhin dem Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen verpflichtet fühlt. Einsätze der NATO müssen im Einklang mit dem Völkerrecht und auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen stattfinden. Vor dem Hintergrund neuer Risiken für den Frieden in Europa und der Welt, wie zum Beispiel die Bedrohung durch Terrorismus, Cyber-Angriffe und hybride Kriegsführung, muss die NATO als Garant für Frieden und Freiheit, weiter gestärkt werden. Dies bedeutet, auch den langjährigen Einsatz des Bündnisses für eine bessere Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung weiterzuführen, so wie es 2010 nochmals im Strategischen Konzept der NATO hervorgehoben und in der Gipfelerklärung von Brüssel 2018 bekräftigt worden ist.

Um die Spannungen in Europa abzubauen, wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine stärkere Nutzung des NATO-Russland-Rates zur Risikominimierung, Vermeidung von ungewollter Eskalation und zum Abbau des erheblichen gegenseitigen Misstrauens einzusetzen. Als Antwort auf die Kündigung des INF-Vertrags sollen auch Rüstungskontrollmaßnahmen ernsthaft erwogen und mit einem Dialog über Krisenkommunikation und Risikovermeidung mit Russland verknüpft werden.

## **TOP 8: Datenaustausch bei der Registrierung von Asylsuchenden verbessern**

Diese Woche wird im Bundestag in erster Lesung das Zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz beraten, das bei der Registrierung von Asylsuchenden und von unbegleiteten minderjährigen Ausländern die Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden verbessern soll. Mit der Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters (AZR) sollen zukünftig die Aufgaben, die nach der Verteilung von Asyl- und Schutzsuchenden auf die Länder und Kommunen bestehen, effizienter organisiert und gesteuert werden können. Zudem soll das AZR weiterentwickelt werden, um die freiwillige Ausreise und die Rückführung besser steuern zu können.

## **TOP 10: Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Republik Armenien stärken**

Diese Woche stimmen wir im Bundestag über einen Gesetzesentwurf zur Unterzeichnung des Abkommens über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Armenien ab. Die Ziele des Abkommens sind die politische Annäherung und die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Das Abkommen soll zudem unterstreichen, dass eine intensivierete Zusammenarbeit der EU auch mit den Ländern möglich ist, die wirtschaftlich und politisch eng mit der Russischen Föderation verbunden sind.

Die Republik Armenien ist ein wichtiger politischer und wirtschaftlicher Akteur im Südkaukasus und damit auch wichtiger Partner im Rahmen der Östlichen Partnerschaften der EU. Auch vor dem Hintergrund der friedlichen Volksbewegung 2018 und der Wahl des Oppositionsführers, Nikol Paschinjan zum Ministerpräsidenten ist eine intensive Partnerschaft zwischen der EU und der Republik Armenien zu begrüßen.

Zentrale Elemente des Abkommens sind die Achtung der demokratischen Grundsätze, der Menschenrechte und der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit sowie die Grundsätze der freien Marktwirtschaft und der nachhaltigen Entwicklung. Inhaltlich spiegelt das Abkommen die gesamte Bandbreite der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und politischen Bereich wider und vertieft sie zugleich. Hinzu kommen neue gemeinsame Themen wie die Bekämpfung des Terrorismus, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Abrüstung und Nukleare Sicherheit, Kampf gegen internationale Kriminalität und Menschenhandel, Bekämpfung des Klimawandels sowie die Konsolidierung der in den letzten zehn Jahren entstandenen Verkehrskorridore.

## **TOP 11: Ausbau der Stromnetze für die Energiewende voranbringen**

Am Donnerstag berät der Bundestag in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbau (Netzausbaubeschleunigungsgesetz), mit dem die Infrastruktur für ein Gelingen der Energiewende gestärkt werden soll. Nur mit effizienten und modernen regionalen Verteil- und überregionalen Übertragungsnetzen lässt sich das Ziel der Koalition, 65 Prozent Anteil an erneuerbare Energien an der Stromerzeugung bis 2030, erreichen.

Die Stromleitungen in Deutschland müssen schneller ausgebaut werden als in der Vergangenheit, um die Ziele des Koalitionsvertrags umsetzen zu können. Das Gelingen der Energiewende mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, dem optimalen



Betrieb konventioneller Kraftwerke und dem internationale Stromhandel hängt wesentlich von dem Zustand und den Kapazitäten der Stromleitungen ab. Insbesondere Hoch- und Höchstspannungsleitungen sind erforderlich, um den Strom von Windkraftparks im Norden zu den Verbrauchszentren im Süden zu leiten. Nur dann können wir die Ausbauziele bei den regenerativen Energien erreichen. Darum sollen die Verfahren für Planung und Genehmigung für den Neubau, die Optimierung und Verstärkung von Stromleitungen, insbesondere für den Transport von Nord- nach Süddeutschland, beschleunigt werden.

Es wird sichergestellt, dass die Öffentlichkeit weiterhin frühzeitig und umfassend beteiligt wird – während des gesamten Prozesses von der Netzentwicklungsplanung bis zur Planfeststellung. Inhaltliche Kriterien beim Stromleitungsausbau, die dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger, z. B. hinsichtlich magnetischer und elektrischer Felder, dienen, bleiben erhalten. Gleichzeitig werden entschädigungsrechtliche Regelungen bundesweit vereinheitlicht, um vom Netzausbau betroffene Grundstücksbesitzerinnen und -besitzer zu entschädigen.

### **TOP 15: Mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung**

Die reibungslose und sichere Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteln muss eine Selbstverständlichkeit sein. Das vorliegende Gesetz, das in dieser Woche im Bundestag in 1. Lesung beraten wird, soll Arzneimitteltherapien im Sinne der Patientensicherheit verbessern.

Dazu wird unter anderem der Rahmen für die Herstellung und Abgabe von Krebsarzneimitteln durch Apotheken deutlich verschärft und die Herstellung von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln durch Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern eingeschränkt. So kann das Bundesgesundheitsministerium beispielsweise künftig die Herstellung von Arzneimitteln verbieten, wenn diese Anforderungen des Arzneimittelgesetzes nicht erfüllen. Der Bund soll außerdem künftig mehr Befugnisse bei Arzneimittelrückrufen und den Kontrollen der Hersteller in Drittstaaten bekommen.

Für Versicherte wird außerdem künftig die Zuzahlung entfallen, wenn ein Arzneimittel wegen Qualitätsmängeln zurückgerufen wird. Krankenkassen können in diesen Fällen einen Regressanspruch gegenüber dem Pharmaunternehmen geltend machen. Außerdem soll der Therapiewechsel bei Cannabis als Medizin erleichtert und entbürokratisiert werden.

Der Gesetzentwurf sieht darüber hinaus einen Fahrplan zur Einführung des elektronischen Rezepts vor, das die Versorgung der Patientinnen und Patienten mit notwendigen Arzneimitteln erleichtern und modernisieren wird.

### **TOP 17: 17 Prozent mehr Vergütung für berufliche Betreuerinnen und Betreuer**

Seit mehr als 13 Jahren blieb die Vergütung der beruflichen Betreuerinnen und Betreuer unverändert. Um eine existenzsichernde Finanzierung der Betreuungsvereine sicherzustellen, soll die Vergütung in einem modernisierten System von monatlichen Fallpauschalen nun um durchschnittlich 17 Prozent steigen. Das entspricht dem Ziel im Koalitionsvertrag, gemeinsam mit den Ländern, die Arbeit der Betreuungsvereine zu stärken und für eine angemessene Vergütung der Betreuerinnen und Betreuer zu sorgen. Am Donnerstag berät der Deutsche Bundestag in 1. Lesung den entsprechenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung.

### **TOP 19: Durchführung des Zensus im Jahr 2021**

Das Gesetz zur Durchführung des Zensus im Jahr 2021, das diese Woche in 1. Lesung im Bundestag beraten wird, schafft die Rechtsgrundlage für die Durchführung des Zensus im Jahr 2021. Deutschland ist wie jeder andere Mitgliedstaat in der Europäischen Union verpflichtet, im Jahr 2021 eine Volkszählung (Zensus) durchzuführen. Darüber hinaus bilden die erhobenen Daten eine wichtige Planungsgrundlage für staatliche Aufgaben in Deutschland.

Neben den Einwohnerzahlen werden dabei soziodemografischen Basisdaten zur Bevölkerung, ihrer Erwerbstätigkeit und ihrer Wohnsituation statistisch erfasst. Regelmäßige Datenerhebungen ermöglichen es, wirtschaftliche, ökologische und soziale Zusammenhänge auf der Grundlage laufend aktualisierter Informationen zu betrachten. Hiervon hängen bedeutsame politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Planungsprozesse bei Bund, Ländern und Gemeinden ab.

### **TOP 20: Potenziale aus der Agrarökologie anerkennen und unterstützen**

Nahrung ist ein Menschenrecht. Trotzdem hat heute weltweit jeder neunte Mensch keinen Zugang zu ausreichender Nahrung, die die notwendigen Nährstoffe enthält. Besonders ernst ist die Situation in Südasien und Subsahara Afrika, wo annähernd jeder fünfte Mensch von Hunger betroffen ist.

Diese Woche beraten wir einen Antrag der Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD zu den Potenzialen aus der Agrarökologie, um Hunger zu bekämpfen, Ernährungssicherheit zu gewährleisten und die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen zu erreichen.

Als ganzheitlicher Ansatz wendet Agrarökologie ökologische und technische Methoden an, zum Beispiel die Integration von Ackerbau- und Viehzucht, um Ernährungs- und landwirtschaftliche Systeme nachhaltig umzugestalten und damit kleinbäuerliche

Familien zu unterstützen. Auch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat sich in den letzten Jahren intensiv mit der Agrarökologie als eine wichtige Antwort auf soziale Probleme wie Armut, Ungleichheit, Hunger und Mangelernährung, mangelnde Geschlechtergerechtigkeit und auch ökologische Herausforderungen wie Abholzung, Wasserknappheit, steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie Verlust an Biodiversität beschäftigt.

Der Antrag der Regierungsfractionen begrüßt, dass die FAO die Agrarökologie als einen der Ansätze für eine nachhaltige Landwirtschaft und Nahrungssysteme ansieht und ihre Arbeit zu Agrarökologie fortführen wird. Ferner fordert er die Bundesregierung auf, das Engagement zur Agrarökologie fortzusetzen und im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Förderung der ländlichen Räume weiter auszubauen.

### **TOP 22: Für eine Trendumkehr beim BAföG: Bessere Unterstützung für mehr Auszubildende und Studierende**

Der Zugang zu Bildung für alle Menschen, unabhängig von der finanziellen Situation, ist ein grundlegend sozialdemokratisches Anliegen. Die Ausbildungs- und Studienfinanzierung im Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) trägt maßgeblich zur Chancengleichheit in unserem Bildungssystem bei. In den letzten Jahren ist allerdings die Zahl der Schülerinnen, Schüler und Studierenden, die ein Anrecht auf eine Förderung durch BAföG haben oder von ihrem Förderanspruch Gebrauch machen, stetig gesunken. Ursache dafür ist unter anderem die gute wirtschaftliche Entwicklung: Steigende Einkommen führen dazu, dass viele Familien den Förderanspruch verlieren. Gleichzeitig steigen aber auch die Lebenshaltungskosten und belasten insbesondere die Familien, die jetzt knapp über den Anspruchsgrenzen liegen. Aber auch das komplizierte Antragsverfahren und die Angst vor Schulden halten junge Menschen davon ab, ihren Förderungsanspruch geltend zu machen.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns deshalb erfolgreich für die Verbesserung des BAföG eingesetzt. Um die förderbedürftigen Auszubildenden und Studierenden wieder besser zu erreichen und bis 2021 eine Trendumkehr zu schaffen, haben wir dafür eine Milliarde Euro reserviert. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat nun sogar deutlich mehr Mittel bereitgestellt, nämlich insgesamt 1,23 Mrd. Euro für diese Wahlperiode.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der in dieser Woche in 1. Lesung beraten wird, beinhaltet viele Verbesserungen. So wird der Wohnzuschlag für nicht bei den Eltern wohnende BAföG-Geförderte im ersten Schritt der Novelle 2019 überproportional um 30 Prozent von derzeit 250 Euro auf 325 Euro angehoben. Die Bedarfssätze werden um 7 Prozent (5 Prozent im ersten Schritt 2019 und nochmals um 2 Prozent

2020) angepasst und der Förderungshöchstsatz steigt um mehr als 15 Prozent von derzeit 735 Euro auf insgesamt 861 Euro monatlich.

Damit mehr Studierenden aus der Mitte der Gesellschaft, die oftmals nur knapp über der Anspruchsgrenze liegen, eine Förderung ermöglicht werden kann, werden Einkommensfreibeträge für die Eltern um insgesamt 16 Prozent (7 Prozent 2019, 3 Prozent 2020 und 6 Prozent 2021) angehoben. Der Freibetrag für eigenes Vermögen von Auszubildenden wird von derzeit 7.500 Euro auf künftig 8.200 Euro ab 2020 angehoben.

Wichtig ist auch, dass die Entscheidung für oder gegen ein Studium nicht von Verschuldungsängsten geleitet ist. Deshalb sieht der Gesetzentwurf den Erlass von Restschulden vor, wenn der Darlehensanteil des BAföG trotz nachweisbaren Bemühens binnen 20 Jahren nicht getilgt werden kann.

Das Gesetz soll kommenden Herbst rechtzeitig zum Wintersemester 2019/2020 in Kraft treten.

#### **TOP 24: Ein neues Bundesprogramm „Jugend erinnert“ für eine europäische Erinnerungskultur**

2019 jähren sich zum 80. Mal der Hitler-Stalin-Pakt, der deutsche Überfall auf Polen und der damit entfesselte Zweite Weltkrieg. Auch jährt sich die friedliche Revolution von 1989, die zum Ende der SED-Diktatur geführt hat, 2019 zum 30. Mal. Diese Jahrestage unterstreichen Deutschlands besondere moralische Verpflichtung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und des Unrechtsstaats der DDR. Teil dieser Verantwortung ist es, die Erinnerung an das unvergleichbare Unrecht des Nationalsozialismus und an die Opfer der SED-Diktatur auch für die nachfolgenden Generationen und über die nationalen Grenzen hinaus wachzuhalten.

Auch im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungsfractionen verpflichtet „die Erinnerung an die Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft wachzuhalten“. Deshalb beraten wir diese Woche auch den von der SPD-Bundestagsfraktion initiierten gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen für ein neues Bundesprogramm „Jugend erinnert“. Dieses Programm „Jugend erinnert“ ist Teil dieser Verpflichtung, die Wissensvermittlung über die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur zu stärken.

Gedenkorte und Gedenkstättenbesuche sollen Denkanstöße geben und nachhaltig wirken. Multimediale Angebote und ein grenzüberschreitender Austausch und Begegnungen sollen insbesondere Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus entgegen-

genwirken. Die Auseinandersetzung mit Krieg, Flucht und Vertreibung hilft beim Abbau von Vorurteilen und Stereotypen. Sie schafft gegenseitiges Verständnis und fördert eine europäische Erinnerungskultur. Programme wie „Jugend erinnert“ sind wichtig gegen das Vergessen und für ein friedliches und freies Europa.